

2 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2242

Ausschussprotokoll 14/312

Vorsitzender Edgar Moron leitet ein, die Stellungnahmen der drei mitberatenden Fachausschüsse lägen vor. Der Innenausschuss habe am 14. Dezember 2006 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen zugestimmt; die Oppositionsfraktionen hätten dagegen gestimmt. Der Wirtschaftsausschuss sowie der Ausschuss für Bauen und Verkehr hätten sich der Stimme enthalten und auf ein Votum verzichtet.

Zur Abstimmung lägen zwei Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen vor. Heute sollte abschließend darüber beraten und anschließend abgestimmt werden.

Rainer Lux (CDU) verweist darauf, dass das Thema bereits ausführlich beraten worden sei; insofern könne man sich heute eine breite Diskussion ersparen. Er wolle auf zwei redaktionelle Änderungen hinweisen: Erstens sei in § 2 Nr. 3 letzter Absatz des Gesetzentwurfes das Datum einzusetzen, ab welchem Datum die Ausschlussregelung eintrete. Das könne nur das Datum des geplanten Inkrafttretens des Gesetzes, also der 15. April 2007, sein.

Zweitens sei durch den Änderungsantrag II § 3 Nr. 1 des Gesetzentwurfes entfallen. Infolgedessen müsse daher in § 5 stehen unter Absatz 2 „§ 3 tritt mit Wirkung vom ... in Kraft.“

Hans-Willi Körfges (SPD) bezieht sich in der Begründung zur Ablehnung seiner Fraktion im Wesentlichen auf Ergebnisse der Anhörung. Es gehe um das Wechselverhältnis von Widerspruchsverfahren auf der einen Seite und Klagehäufungen auf der anderen Seite. Das sei empirisch belegt.

Darüber hinaus habe seine Fraktion insbesondere die Stellungnahme der Architektenschaft bezogen auf die Individualrechtswahrung von Betroffenen überzeugt.

Bezogen auf das Modellprojekt OWL könne man sicherlich sagen, dass es gut sei, was man auch gemeinsam an der einen oder anderen Stelle gemacht habe; allerdings sei die Evaluationszeit nicht ausreichend gewesen, um für das gesamte Land Rückschlüsse zu ziehen.

Vor diesem Hintergrund lehne seine Fraktion den Gesetzentwurf der Landesregierung ab.

Für **Horst Becker (GRÜNE)** hätten die Erfahrungen aus OWL ebenfalls eine umfangreiche Auswertung nach sich ziehen sollen, bevor es zu weiteren gesetzlichen Auswirkungen komme. Ein Punkt aus dem Änderungspaket sei beispielsweise darauf zurückzuführen, dass die Evaluation nicht abgewartet worden sei. Das Gesetz gehe deswegen in die falsche Richtung, und man werde es daher ablehnen.

Der Änderungsantrag I der Fraktionen von CDU und FDP wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Der Änderungsantrag II der Fraktionen von CDU und FDP wird ebenfalls mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen.

Schließlich wird der so geänderte Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/2242 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen angenommen und dem Plenum zur Annahme empfohlen.



Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform

27. Sitzung (öffentlich)

28. Februar 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Edgar Moron (SPD)

Redaktion: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

- 1 Sachstand zur Auflösung der Versorgungsämter – Zahlen und Fakten zur geplanten Kommunalisierung**
 - Bericht des Innenministers
 - auf Antrag der SPD-Fraktion3
 - Wortprotokoll3

- 2 Erstes Gesetz zum Bürokratieabbau (Bürokratieabbaugesetz I)**
 - Gesetzentwurf der Landesregierung
 - Drucksache 14/2242
 - Ausschussprotokoll 14/312 16
 - Diskussion 16
 - Ergebnis 17

3	Ratsbeschluss trotz Bürgerentscheid – wie schützt die Landesregierung den Bürgerwillen?	18
	• Bericht durch MDgt Johannes Winkel (IM)	18
	• Diskussion	18
4	Kulturhauptstadt 2010 – Handlungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichern!	
	Antrag der Fraktion der SPD	
	Drucksache 14/3476	20
	• Diskussion	20
	• Ergebnis	23
5	Neustrukturierung des Aufgabenfeldes „Frau und Beruf“	
	Antrag der Fraktion der SPD	
	Drucksache 14/3495	24
	• Ergebnis	24
6	Qualifizierte Tagespflege konsequent vorantreiben – Einheitliche Mindestqualitätsstandards in der Tagespflege in Nordrhein-Westfalen sichern	
	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP	
	Drucksache 14/3499	25
	• Diskussion	25
	• Ergebnis	26